

10 gute Gründe für einen konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie

BUND-Faktenblatt zum Atomausstieg

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat aufgrund der starken Abhängigkeit Deutschlands von russischen Brennstoffen eine Gaskrise ausgelöst. Damit stellt sich die Frage, wie die Energieversorgung vor allem im kommenden Winter sichergestellt werden kann, wenn weniger Gas zum Heizen und für die Industrie zur Verfügung steht. In der Folge ist eine Debatte über einen möglichen Streckbetrieb, Laufzeitverlängerungen bis hin zu einem Wiederhochfahren bereits abgeschalteter AKWs in Deutschland entbrannt.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) lehnt einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ab. Dies wäre sicherheitstechnisch, energiepolitisch und ökonomisch ein Irrweg, aber keine Antwort auf die Energiekrise.

Gute Gründe für den konsequenten Atomausstieg:

1. Das Sicherheitsrisiko steigt mit jedem Tag des Weiterbetriebes
2. Atomkraft spielt keine wesentliche Rolle in der aktuellen Energiekrise
3. Neue Brennstäbe sind kurzfristig nicht verfügbar
4. Abhängigkeit von Russland im Nuklearsektor
5. Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen
6. Risiken in Zeiten der Klimakrise
7. Risiken durch Terror und Krieg
8. Rückschlag für die Energiewende
9. Laufzeitverlängerungen gefährden die Atommüll-Lagersuche
10. Laufzeitverlängerungen verspielen den Atomkompromiss

1. Das Sicherheitsrisiko steigt mit jedem Tag des Weiterbetriebes

Deutschland hat den Atomausstieg wegen der unberechenbaren Sicherheitsrisiken beschlossen. Das Sicherheitsrisiko hat sich seither aufgrund der Betriebsdauer deutlich erhöht. Auch das AKW Emsland hat mit über 30 Jahren ein Alter erreicht, in dem die Störanfälligkeit statistisch deutlich zunimmt. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Risse in den Dampferzeugern festgestellt. Sie können im ungünstigen Fall einen Supergau auslösen. Mit Blick auf die begrenzte Restlaufzeit wurden die Sicherheitsmängel von der Atomaufsicht geduldet, obwohl ein Austausch der Dampferzeuger sicherheitstechnisch unbedingt angesagt wäre. Dass die AKWs trotzdem weiterbetrieben werden, hat der BUND mehrfach massiv kritisiert.

Ebenfalls mit Blick auf den nahenden Abschalttermin wurden die im Zehn-Jahres-Turnus vorgeschriebenen ausführlichen Sicherheitsüberprüfungen ausgesetzt. Das bedeutet, dass die Kraftwerke mittlerweile seit 13 Jahren ohne die erforderlichen periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) laufen. Um dem gültigen Regelwerk gerecht zu werden, müssten erhebliche Nachbesserungen an den Anlagen erfolgen. Die Bundesregierung geht von einem mindestens einjährigen Prüfprozess aus, der Investitionen in Millionenhöhe nach sich ziehen würde.

2. Atomkraft spielt keine wesentliche Rolle in der aktuellen Energiekrise

Die verbliebenen Atomkraftwerke können die sich zuspitzende Energiekrise nicht lösen. Bezogen auf den gesamten Endenergieverbrauch hat Atomkraft nur einen Anteil von etwa einem Prozent. Hinzu kommt, dass die aktuelle Krise keine Stromkrise, sondern eine Wärmekrise ist. Über 85 Prozent des deutschen Erdgasverbrauchs wird für die Erzeugung von Wärme für Gebäude oder für Industrieprozesse benötigt. Hier können die Atomkraftwerke nicht helfen. Auch das Bundeswirtschaftsministerium hat im Juli 2022 eingeräumt, dass das Einsparpotenzial für Erdgas durch Atomstrom lediglich bei 0,5 bis 0,7 Prozent liegt.

Die Sicherheitsrisiken und die Kosten für den Erhalt der Atomstrom-Kapazitäten stehen somit in keinem Verhältnis zu den dadurch ggf. gewonnenen Strommengen.

3. Neue Brennstäbe sind kurzfristig nicht verfügbar

Für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke wären neue Brennelemente notwendig. Der Brennstoffverbrauch wurde von den Betreibern auf den Abschalttermin Ende 2022 ausgerichtet und entsprechend keine neuen Brennelemente geordert. Das AKW Emsland muss bereits im November in den sog. Streckbetrieb gehen und wird bis Jahresende nur noch eine reduzierte Leistung erbringen. Für eine Beschaffung neuer Brennelemente würden mindestens zwölf bis 15 Monate benötigt, eine kurzfristige Verfügbarkeit ist nicht gegeben.

Offen ist auch die Frage, inwieweit ausreichend geschultes Personal für einen Weiterbetrieb der Kraftwerke über den Dezember hinaus vorhanden wäre, denn auch die Personalplanung war auf ein Ende des Leistungsbetriebs Ende 2022 eingestellt. Die Beschaffung von Ersatzteilen, Verträge mit Dienstleistungsunternehmen oder Zulieferern laufen ebenfalls aus. Dies alles rückgängig zu machen, bräuchte nicht nur Zeit, sondern auch Investitionen in Millionenhöhe.

4. Abhängigkeit von Russland im Nuklearsektor

Rund 40 % des Bedarfs an Natururan wird in der EU derzeit durch Lieferungen aus Russland und Kasachstan als Verbündeten Russlands gedeckt. 26 Prozent des bereits angereicherten Urans bezieht die EU ebenfalls aus Russland. Der russische Staatskonzern Rosatom ist ein zentraler Player entlang der gesamten nuklearen Produktionskette. Seit Kriegsbeginn sind mindestens drei Brennelemente-Lieferungen zu europäischen AKW erfolgt, 18 europäische Reaktoren sind vollständig von russischen Brennelementen abhängig. Darüber hinaus bezieht die EU Uran

vor allem aus Niger (20,3 Prozent), Kanada (18,4 Prozent) und Australien (13,3 Prozent) und trägt dort zur Zerstörung der Lebensgrundlagen indigener Völker bei, auf deren Gebiet sich die Uranminen befinden. Die EU selbst betreibt keinen Uranbergbau.

5. Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen

Die Laufzeitverlängerung von AKW würde enorme finanzielle Aufwendungen für Nachrüstungen, neue Sicherheitsstandards sowie Brennstoffbeschaffungen nach sich ziehen. Die Betreiber der AKW stimmen einem Weiterbetrieb nur zu, wenn die komplette Verantwortung, die Kosten und Risiken vollständig in der Hand des Staates liegen. Erneut würden die Betreiber also Millionenbeträge erhalten, während der Staat das Risiko trägt.

6. Risiken in Zeiten der Klimakrise

Atomkraft offenbart bei Klimaveränderungen mit langanhaltenden Hitzeperioden, überheizten Flüssen oder Sturmfluten, ihre Krisenanfälligkeit. In Frankreich müssen bereits regelmäßig im Sommer Kraftwerke heruntergefahren werden, weil angrenzende Flüsse zu stark erhitzen oder zu wenig Wasser führen. Die Meiler verbrauchen dann Strom, anstatt ihn zu liefern - und das ausgerechnet dann, wenn der Strombedarf aufgrund vieler Klimaanlage besonders hoch ist. Dieses Phänomen ist nicht auf Frankreich begrenzt, sondern tritt auch in anderen Ländern Europas immer häufiger auf.

7. Risiken durch Terror und Krieg

Welche Gefahren AKW im Kriegs- oder Terrorfall mit sich bringen, wird derzeit am AKW Saporischschja in dramatischer Weise deutlich. Gezielte Angriffe und unbeabsichtigte Treffer sind ein Grund zur Sorge. Die größte Gefahr für AKW im Kriegsgebiet ist jedoch erschreckend banal: Durch einen Stromausfall mit längerer Unterbrechung der externen Stromversorgung kann ein Ausfall der Kühlsysteme erfolgen. Wird der Treibstoffnachschub für die Notstromaggregate unterbrochen, führt das in wenigen Tagen zur Kernschmelze.

Kein AKW ist für solche Fälle gerüstet.

8. Rückschlag für die Energiewende

AKW funktionieren nach dem Grundlastprinzip, sie liefern immer in etwa die gleiche Menge Strom. Somit können sie nicht flexibel und bedarfsgerecht gesteuert werden, um Spitzenlasten oder Schwankungen auszugleichen. Ein effizientes Zusammenspiel mit erneuerbaren Energiequellen ist daher nicht möglich. Im Gegenteil: Atomstrom und Ökostrom konkurrieren im Stromnetz. Dies kommt dann zum Tragen, wenn Erneuerbare viel Strom produzieren und ins Netz einspeisen könnten. Sie werden dann abgeregelt, damit die Netze nicht überlastet werden. Auf diese Weise ist bereits jede Menge Ökostrom verschwendet worden. Und mehr noch: Der Ausbau der Erneuerbaren wird durch den Betrieb von AKW blockiert und gedeckelt.

9. Laufzeitverlängerungen gefährden die Atommüll-Lagersuche

Der Atomausstieg ist die Grundlage für das laufende Suchverfahren nach einer dauerhaften Lagerstätte für die in Deutschland verursachten hochradioaktiven Abfälle. Mit einer Laufzeitverlängerung würde der gesellschaftliche Konflikt der letzten Jahrzehnte wieder aufbrechen – die Atommülllagersuche würde scheitern.

Das Verfahren würde seine Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz in der Bevölkerung verlieren, wenn parallel zum Suchprozess neuer Atommüll produziert würde, der nachkommende Generationen zusätzlich gefährdet.

10. Laufzeitverlängerungen verspielen den Atomkompromiss

Für einen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke nach dem 31. Dezember 2022 ist eine Änderung des Atomgesetzes notwendig. Dabei spielt es keine Rolle, über welchen Zeitraum die Verlängerung der Laufzeiten erfolgen soll. Die Aufkündigung des 2011 im breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getroffenen Atomausstiegsbeschlusses ist ein folgenschwerer Schritt, der die Zuverlässigkeit langfristig getroffener politischer Entscheidungen grundsätzlich infrage stellt.

Unter anderem stellt sich die Frage nach den Entschädigungszahlungen, die die Kraftwerksbetreiber erhalten haben, neu. Das gleiche gilt für die Einzahlungen in den Atommüllfonds. Bereits jetzt verstößt der Betrieb der deutschen AKW aufgrund der fehlenden periodischen Sicherheitsüberprüfungen und nicht erfolgter Nachrüstungen gegen EU-Vorgaben.

Impressum:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Landesverband Niedersachsen,
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover, Tel. (0511) 965 69 – 0, bund@nds.bund.net, www.bund-niedersachsen.de

Stand: 27.09.2022